

# 5G-Moratorien verstossen gegen Bundesrecht

Swisscom-CEO Urs Schaeppi hat recht: Kantone und Gemeinden dürfen den Bau von 5G-Antennen nicht stoppen

Simon Widmer

Zürich Der Widerstand gegen den neuen Mobilfunkstandard 5G wächst beinahe täglich. Die Kantone Genf, Jura und Waadt haben ein Moratorium für 5G-Antennen verhängt oder prüfen ein solches. In Bern, St. Gallen und Schwyz sind entsprechende Vorstösse traktandiert. Auch mehrere kleinere Gemeinden setzen sich gegen 5G-Antennen zur Wehr.

Vergangene Woche äusserte sich Swisscom-Chef Urs Schaeppi erstmals zum Widerstand gegen 5G – und teilte aus. Seiner Meinung nach verstossen solche Moratorien gegen Bundesrecht. Für die Swisscom geht es um viel Geld. Erst Anfang Jahr hat der Mobilfunkanbieter die 5G-Frequenzen für knapp 196 Millionen Franken ersteigert.

Bislang sehr zurückhaltend hat sich der Bund zu den Vorstössen auf lokaler Ebene geäussert. «Es ist Aufgabe der Kantone, solche Vorstösse auf Grundlage des geltenden Rechts zu beurteilen», heisst es etwa auf der Informations-Website zum Thema «5G-Netze – Chancen und Bedürfnisse beim Aufbau in der Schweiz».

## Gemeinden können nur einzelne Antennen verbieten

Auf Schaeppis Aussagen angesprochen, äussert sich das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) aber deutlich kritischer zu den lokalen Baustopps. Gemäss dem Umweltschutzgesetz und der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung habe der Bund «umfassende Rechtsetzungskompetenz». «Es bleibt deshalb kein Raum für kantonale oder kommu-



Swisscom-Chef Urs Schaeppi will vorerst auf Klagen verzichten

Foto: Marco Zanon/Lunax

nale Bestimmungen zum Schutz des Menschen vor der Strahlung von Mobilfunkanlagen; der Erlass solcher Bestimmungen wäre kompetenzwidrig», schreibt eine Sprecherin.

Andreas Stöckli, Rechtsprofessor an der Universität Freiburg, präzisiert: «Kantone und Gemeinden können den Bau einzelner Antennen durch eigene bau- und planungsrechtliche Vorschriften nur eingeschränkt, etwa unter dem Gesichtspunkt des Ortsbildschutzes, verhindern.»

Will heissen: Kantone und Gemeinden können sich gegen einzelne Antennen wehren, etwa

## Antennenbesitzern Honig ums Maul geschmiert

Süsse Post von der Swisscom. In den vergangenen Wochen schickte die Telecomfirma rund 2000 Grundeigentümern ein Glas Honig. Im beiliegenden Brief, den CEO Urs Schaeppi unterschrieben hat, heisst es, man baue an einem Netz, das sich ergänze «wie Waben in den Bienenstöcken». Für den 5G-Ausbau seien jetzt «massiv mehr Antennen» nötig. «Melden Sie sich bei uns, falls Sie als Besitzer über weitere geeignete Standorte verfügen oder Ihnen solche in Ihrem Umfeld bekannt sind.» Für Daniel

Gruber ist die Aktion symptomatisch. Sein Ingenieurbüro vertritt Grundeigentümer, auf deren Boden oder Dach Mobilfunkantennen installiert sind. Die Swisscom würde fälschlicherweise immer wieder behaupten, dass es mehr als genug Immobilien gebe, um Antennenanlagen zu bauen, so Gruber. «Die Aktion zeigt, wie verzweifelt die Swisscom ist.» Das Unternehmen sagt, man habe «positive Feedbacks» erhalten. Am Ziel, bis Ende Jahr 90 Prozent der Bevölkerung mit 5G zu versorgen, halte man fest. (sw)

wenn diese auf einem Kirchturmdach gebaut werden sollen und das Ortsbild verschandeln. Doch darum geht es den Politikern, die sich in den letzten Wochen von St. Gallen bis Genf lautstark geäussert haben, nicht. Vielmehr fordern sie einen generellen Baustopp für Antennen auf dem ganzen Kantonsgebiet – und überschreiten damit ihre Kompetenzen.

Die Angaben des Bundes und von Stöckli werden durch Entscheidung des Bundesgerichts gestützt. Zermatt und Bichelsee-Balterswil TG haben bis vor das höchste Gericht versucht, Swisscom-Antennen in gewissen Bauzonen zu ver-

hindern – was von den Richtern in Lausanne abgelehnt wurde.

## 5G-Gegner wollen ihren Kampf weiterführen

Die Rechtslage ist klar. Trotzdem hat Urs Schaeppi angekündigt, dass die Swisscom auf Klagen verzichten werde. Allerdings könnten die Moratorien nicht nur von den Providern, sondern auch von Konsumenten unter Druck geraten. «Entscheidend für die Beschwerdeberechtigung ist die Frage, ob die jeweilige Person durch das im Gesetz vorgesehene 5G-Moratorium betroffen ist oder in Zukunft einmal davon betroffen sein kann», sagt Baurechtsexperte Stöckli.

Im Anti-5G-Lager lässt man sich von den rechtlichen Bedenken nicht abhalten. «Wir befürworten die Moratorien. Es ist wichtig, dass Gemeinden und Kantone ein Zeichen gegen 5G setzen und damit eine Diskussion anstossen», sagt Jérôme Meier vom Verein «Schutz vor Strahlung».

Bertrand Buchs, CVP-Parlamentarier in Genf und Initiator des 5G-Moratoriums, räumt ein, dass das Moratorium einer Klage wohl nicht standhalten würde. Trotzdem sagt er: «Der 5G-Ausbau verläuft zu schnell. Es ist wichtig, dass wir das in Genf diskutieren. Und ich hoffe, dass die Diskussion bald auch im nationalen Parlament geführt wird.»

Im Kanton Waadt steht der Grüne Raphaël Mahaim hinter dem 5G-Moratorium. Er gibt sich weiter kämpferisch: «Auch wenn ein Gericht das 5G-Moratorium als unzulässig erklären sollte, sind weitere Beschwerden gegen einzelne Antennen aufgrund des Baurechts möglich.»

# Kampfjet-Kauf: SVP schenkt Bundesrätin Amherd einen Penalty

Die neuen Flugzeuge und Boden-Luft-Raketen können separat beschafft werden: SVP und SP geben ihren Widerstand auf

Bern Nur schon die Aura von Bundesrätin Viola Amherd scheint zu wirken. Obwohl die Verteidigungsministerin noch gar nichts entschieden hat, knicken die Gegner bereits ein. Es geht um das Rüstungsgeschäft des Jahrhunderts, die milliardenteure Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und Boden-Luft-Raketen (Bodluf-System). SVP und SP wollten den Kauf bisher in einem Geschäft abwickeln. Jetzt aber wehren sie sich nicht mehr gegen eine Aufsplittung. Damit steigen die

Chancen für die Beschaffung der Jets, da sich die Bürgerlichen nun weitestgehend einig sind.

Die Kehrtwende der SVP ist bemerkenswert. SVP-Bundesrat Guy Parmelin schnürte das Flugzeug-Raketen-Paket. Vor einem halben Jahr schrieb seine Partei noch, die beiden Geschäfte dürften «auf gar keinen Fall» getrennt werden. Nun aber wehrt sich Werner Salzmann, Nationalrat und Präsident der sicherheitspolitischen Kommission, nicht mehr gegen ein Splitting: «Das oberste Ziel ist, dass sowohl

die Kampfjets wie das Bodluf-System beschafft werden. Dies soll nicht an formellen Hürden scheitern.» Aus fachlichen Gründen gehörten nach wie vor beide Teile zusammen, da die Boden-Luft-Abwehr und die Luftwaffe ein einheitliches System bildeten.

Gemäss Thomas Hurter, Nationalrat und Pilot, unterstützt die SVP nun auch eine Kampfjet-Volksabstimmung. Materialbeschaffungen gehörten zwar nicht vors Volk, sagt Hurter. «Flugzeugbeschaffungen wecken jedoch

Emotionen, zudem konnte das Volk bereits beim F/A-18 und beim Gripen mitbestimmen.»

## Claude Nicollier ist Amherds Geheimwaffe

Führende SVP-Politiker beschlossen die Neuausrichtung diese Woche, nachdem Bundesrätin Amherd Expertenberichte vorgestellt hatte. Der frühere Raumfahrer Claude Nicollier empfahl ein isoliertes Vorgehen beim Kampfjet-Geschäft – und drängte damit SVP und SP in die Defensive.

Auch die SP begründet ihren Kurswechsel mit taktischen Überlegungen. SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf fände es zwar nach wie vor besser, dem Volk eine Gesamtschau der Luftraum-Verteidigung vorzulegen. «Wenn es aber nur mit einer Aufteilung des Geschäfts eine Volksabstimmung gibt, dann ist es halt so», sagt sie. «Für uns ist es immer noch am wichtigsten, dass überhaupt eine Volksabstimmung stattfindet.»

Ob Amherd die Beschaffungen nun tatsächlich trennen will, hat

sie noch nicht mitgeteilt. Es wäre jedoch eine Überraschung, würde sie der Regierung kein Splitting vorschlagen. Schon im Bundesratswahlkampf im Herbst sprach sie sich dem Vernehmen nach in den Hearings für eine Trennung aus. Zudem kommt die Idee aus der eigenen Partei. CVP und FDP waren die Ersten, die das Paket öffnen wollten. Nun ist daraus ein mehrheitsfähiger Kompromiss entstanden – ohne dass Amherd ihre wahren Absichten wirklich aufdecken musste. Adrian Schmid

Anzeige



Universität St.Gallen

## Weiterbildungsangebote KMU-HSG

- HSG-Diplomprogramm «Intensivstudium KMU»
- St.Galler Management Seminar für KMU

Praxisorientierte Weiterbildungen für unternehmerische Persönlichkeiten aus KMU. Sind Sie bereit, Ihre unternehmerische Kompetenz zu stärken? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

## Intensivstudium KMU

Inova Solutions AG  
Rät Stefan, CEO

Wissen schafft Wirkung.

Nachfolgeprozess umgesetzt.  
Geschäftsführung übernommen.  
Neue Organisationsform eingeführt.  
Produktionstechnologie erneuert.

## Infoabende:

Dienstag 21. Mai 2019  
Zürich, Restaurant Au Premier

Dienstag 10. September 2019  
St.Gallen, WBZ Holzweid

kmu.unisg.ch